

# Umweltschutz

Karl-Heinz Dignas, Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 34, 05.05.1972, Seite

Nach dem 2. Weltkrieg gab es in der Bundesrepublik zunächst die Freßwelle, die Bekleidungswelle, die Reisewelle, dann die Welle der dauerhaften Konsumgüter wie Kühlschrank, Waschmaschine usw. Diese Entwicklung stand im Zeichen des Nachholbedarfs, der sich in den Mangelzeiten des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre bei den privaten Haushalten angestaut hatte. Nachdem diese privaten Bedürfnisse auf breiter Front mehr oder weniger befriedigt waren, wandte sich das Interesse der Öffentlichkeit sozialen und internationalen Themen zu: Rentenreform, Entwicklungshilfe und schließlich in den sechziger Jahren wurde die Bildungspolitik „modern“ .

Heute ist es vor allem ein Thema, das in der Öffentlichkeit heiß diskutiert wird: der Umweltschutz. (Diesem Thema war u.a. die 4. Internationale Arbeitstagung der IG Metall vom 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen gewidmet.) Fachleute sprechen davon, daß „die biologische Substanz der Natur zunehmend abgebaut und dadurch das ökologische Gleichgewicht gestört wird“. Einfacher ausgedrückt bedeutet das, daß die Natur es von selbst nicht mehr schafft, die Abfallprodukte der menschlichen Produktion und Konsumtion zu verkraften. Dies äußert sich u. a. darin, daß die Flüsse zu Kloaken werden und die Luft nur noch durch Gasmasken geatmet werden kann (dies prognostiziert ein japanischer Wissenschaftler für die nächste Zeit für die Hauptstadt Tokio).

## Mehr Mittel erforderlich

Emotionale Begeisterung und öffentliches Engagement nutzen aber nicht viel, wenn nichts getan wird. Wirksamer Umweltschutz bedeutet nämlich, daß gewaltige Mengen an Produktionsfaktoren — man spricht von 1 bis 3 Prozent des Bruttosozialprodukts, was in der Bundesrepublik rund 8 bis 25 Milliarden DM entsprechen würde — für den Umweltschutz eingesetzt werden müssen und damit für andere Zwecke nicht zur Verfügung stehen können. Hier muß am Anfang ein Lernprozeß stehen: Der Wachstumsfetischismus, der sich immer noch an globalen Wachstumsraten berauscht, muß langsam abgebaut werden, das Schwergewicht der Wachstumsdiskussion muß sich auf das Was und Wie des Wachstums verlagern. Diese anzustrebende Umstrukturierung der volkswirtschaftlichen Produktion wird in erster Linie zu Lasten der privaten Investitionen und des privaten Konsums gehen. Auch wenn es durchaus sicherlich genügend private Investitionen gibt, die im Rahmen einer sozialen Wohlfahrtsfunktion eine Fehlinvestition bedeuten, so konzentriert sich die Diskussion der Prioritäten doch auf die Frage, ob der individuelle Wohlstand nicht schon genügend hoch ist, so daß man in Zukunft mehr soziale Güter und weniger individuelle Konsumgüter produzieren sollte. Diese veränderte Produktionsstruktur heißt aber nicht Verschlechterung des privaten Konsumniveaus, sondern nur, daß die Wachstumsrate der privaten Konsumgüterproduktion etwas geringer sein wird als heute.

Verstärkung des Umweltschutzes bedeutet aber direkt oder indirekt mehr Aufgaben für den Staat, damit aber auch höhere Ausgaben. Wer soll das aber bezahlen? Hier zeigt sich das Dilemma der Bereitstellung aller öffentlichen Güter: Man kann normalerweise von der Nutzung dieser Güter niemanden ausschließen (das Einatmen der reinen Luft kann keiner verhindern). Deshalb versucht sich jeder davor zu drücken, für diese „kostenlose“ Leistung etwas zu bezahlen. Hier liegt unbestreitbar ein Versäumnis der staatlichen Stellen, die ihre Produkte

schlecht verkaufen. Man sieht in der Öffentlichkeit immer nur die Last (Steuer-„last“quote) und kaum den Nutzen. Im Rahmen der Umweltschutzdiskussion muß also viel getan werden, damit nicht die Diskussion in der Öffentlichkeit auf die Einbahnstraße der Kostenbetrachtung abgleitet.

Die Kosten des Umweltschutzes müssen aber von jemandem gezahlt bzw. getragen werden. Der Unterschied zwischen zahlen und tragen ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Es wird heute viel vom Verursacherprinzip geredet, was nichts anderes bedeutet, als daß

derjenige die Kosten der Umweltschädigungen übernehmen soll, der sie verursacht. Dabei wird aber vergessen, daß dasjenige Unternehmen, das eine Strafe wegen seiner Umweltverschmutzung zahlt oder eine neue Filteranlage baut, diese Kosten nicht unbedingt zu tragen braucht. Wer Träger dieser Kosten ist, bestimmen die Angebots- und Nachfrageverhältnisse dieser Unternehmung.

### **Der Verbraucher zahlt**

Letzten Endes tragen auch die Kosten des Umweltschutzes die privaten Haushalte, sei es zwangsweise über höhere Preise oder höhere Steuern oder über freiwilliges vermehrtes Sparen. Da eine Finanzierung über höhere Preise dem Ziel der Preisstabilität widerspricht und die Belastung durch Steuern zumindest kurzfristig bestimmte Grenzen hat, bleibt als dritte Alternative eine verstärkte Kreditfinanzierung der öffentlichen Aufgaben, also auch des Umweltschutzes übrig. Diese Lösung hat gegenüber den beiden anderen Alternativen den Vorteil, daß hier Finanzierung von gewollten öffentlichen Aufgaben und ein anderes gesellschaftspolitisches Ziel, nämlich die verstärkte Vermögensbildung bei den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen, miteinander verknüpft werden können. Ist die Vermögenspolitik erfolgreich, so sparen die begünstigten Haushalte mehr und bilden damit auch mehr Vermögen. Gleichzeitig werden in Höhe der zusätzlichen Ersparnisse reale Ressourcen frei, die für die Produktion des Umweltschutzes eingesetzt werden können.

Dieser Prozeß muß nicht unbedingt in eine direkten Verschuldung des Staates bei den privaten Haushalten z.B. über die Begebung von Staatsanleihen seinen Ausdruck finden. In der heutigen modernen arbeitsteiligen Wirtschaft sind die Kreditinstitute normalerweise zwischengeschaltet. Unter den Kreditinstituten bieten sich gerade die Sparkassen als Schaltstationen an: Sie sind von ihrer Aufgabenstellung her der geborene Partner in der Vermögenspolitik und auf der anderen Seite der Hauptfinanzier der Kommunen, in deren Aufgabenbereich schwergewichtig der Umweltschutz fällt. Sparkassen als Finanzier des Umweltschutzes. Das wäre eine moderne Interpretation ihres öffentlichen Auftrags.